

Nr. 17/617**Fragestunde**

1. Schnurlose DECT-Telefone
Anfrage der Abgeordneten Björn Fecker, Mustafa Öztürk, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22. Januar 2009
2. Touristische Erschließung der Luneplate
Anfrage der Abgeordneten Martin Günthner, Jens Dennhardt, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 23. Januar 2009
3. Berufliche Qualifizierung im Windenergiesektor
Anfrage der Abgeordneten Martin Günthner, Helga Ziegert, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 23. Januar 2009
4. Ambulante palliativmedizinische Versorgung im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Oliver Möllenstädt, Uwe Woltemath und Fraktion der FDP vom 26. Januar 2009
5. Postfilialen erhalten
Anfrage der Abgeordneten Birgit Busch, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 27. Januar 2009
6. Mögliche Terroranschläge im Bundesland Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 28. Januar 2009
7. Belastung der Arbeitsgerichtsbarkeit in der Konjunkturkrise
Anfrage der Abgeordneten Sibylle Winther, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 29. Januar 2009
8. Genderpolitik im Licht des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes
Anfrage der Abgeordneten Ursula Arnold-Cramer, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 3. Februar 2009
9. Gewalt gegen Schwule und Lesben und Bekämpfung der Homophobie im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Oliver Möllenstädt, Uwe Woltemath und Fraktion der FDP vom 4. Februar 2009
10. Schulausbildung in der JVA Bremen
Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 6. Februar 2009
11. Zustand des im Bremerhavener Fischereihafens liegenden Schiffes „Mercator II“
Anfrage der Abgeordneten Silke Allers, Paul Bödeker, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 9. Februar 2009

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

Nr. 17/618

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. auf Antrag der Abgeordneten Dr. Karin Mathes, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
„Umweltgesetzbuch im Bund gescheitert – Konsequenzen für Bremen“;
2. auf Antrag der Abgeordneten Dieter Focke, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU:
„Senatsstreit beenden – wichtige Verkehrsprojekte nicht verhindern“.

Nr. 17/619

Bremisches Gaststättengesetz (BremGastG)

Mitteilung des Senats vom 20. November 2007

(Drucksache 17/140)

2. Lesung

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.

vom 12. Februar 2009

(Drucksache 17/692)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 17/620

Studierende mit Migrationshintergrund in der Ausbildung zum Lehramt und in pädagogischen Berufsfeldern an den Hochschulen im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 25. November 2008

(Drucksache 17/627)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 27. Januar 2009

(Drucksache 17/677)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 17/621

Mehr Migrantinnen ins Lehramt und in soziale Berufe

Antrag der Fraktionen der SPD

und Bündnis 90/Die Grünen

vom 17. Februar 2009

(Drucksache 17/694)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis November 2009 ein erstes Konzept vorzulegen, wie das Ziel, mehr Migrantinnen/Migranten für das Lehramt und für Studiengänge, die zu Abschlüssen in sozialen Berufen führen, zu motivieren, erreicht werden kann. Das Konzept soll eine Strategie enthalten, bei der die zu schaffenden Voraussetzungen und die einzuleitenden Maßnahmen in Kooperation mit der Universität und den Hochschulen im Lande Bremen aufgezeigt werden.

Nr. 17/622

Vierspurige Auf- und Abfahrt der A 281 am Neuenlander Ring realisieren – menschengerechte A 281 planen

Antrag der Fraktionen der FDP, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU
vom 16. Februar 2009
(Neufassung der Drs. 17/685 vom 10.02.2009)
(Drucksache 17/693)

1. Der Senat wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass eine vierspurige Auf- und Abfahrt (2 x 2 Spuren) der BAB 281 in Höhe Neuenlander Ring gebaut wird und unverzüglich Gespräche mit dem Bundesverkehrsministerium über die Realisierung der Maßnahme aufgenommen werden.
2. Der Senat wird gebeten, die Planungen für den Bauabschnitt 5 zügig voranzutreiben, damit schnellstmöglich ein Anschluss in Höhe Brinkum erfolgen und die Anbindungsstelle an den Bauabschnitt 2.2 festgelegt werden kann. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet eine Planung, die eine Trassenführung mit größtmöglicher Entfernung von der Wohnbebauung vorsieht. Entsprechend dem bestehenden Flächennutzungsplan ist hierfür insbesondere eine Unterquerung der Flughafenlandebahn zu prüfen sowie alternative Tunnellösungen bzw. gedeckelte Trogbauwerke in die Überlegungen mit einzubeziehen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, umgehend Gespräche mit der niedersächsischen Landesregierung und den Landkreisen und Gemeinden aus dem Umland zu intensivieren, um die Anbindung des 5. Bauabschnitts an die A 1 bei Stuhr/Brinkum vorzubereiten.
4. Der Planfeststellungsbeschluss für den Bauabschnitt 2.2 ist zügig herbeizuführen.
5. Der Senat wird aufgefordert, der Bürgerschaft (Landtag) über die diesbezüglich zu führenden Gespräche mit dem Bund bis Ende Mai 2009 zu berichten.

Nr. 17/623

Gesetz zur Neuregelung des Volksentscheids

Zwischenbericht und Antrag des nichtständigen Ausschusses Erleichterung der Volksgesetzgebung und Weiterentwicklung des Wahlrechts
vom 4. November 2008
(Drucksache 17/594)

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den nichtständigen Ausschuss gemäß Artikel 125 der Landesverfassung – Neuregelung des Volksentscheids.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des nichtständigen Ausschusses Erleichterung der Volksgesetzgebung und Weiterentwicklung des Wahlrechts Kenntnis.

Nr. 17/624

Einsetzung eines nichtständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 der Landesverfassung – Neuregelung des Volksentscheids

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt einen nichtständigen Ausschuss gemäß Artikel 125 der Landesverfassung ein.

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Abgeordnete als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des nichtständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 der Landesverfassung:

Mitglieder	Stellvertreter/-innen
Thomas Ehmke (SPD)	Jens Dennhardt (SPD)
Marlies Marken (SPD)	Insa Peters-Rehwinkel (SPD)
Sükrü Senkal (SPD)	Jürgen Pohlmann (SPD)
Björn Tschöpe (SPD)	Frank Schildt (SPD)
Dr. Hermann Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	Dr. Zahra Mohammadzadeh (Bündnis 90/Die Grünen)
Dr. Karin Mathes (Bündnis 90/Die Grünen)	Mustafa Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen)
Claas Rohmeyer (CDU)	Wilhelm Hinnens (CDU)
Heiko Strohmann (CDU)	Dr. Rita Mohr-Lüllmann (CDU)
Sybille Winther (CDU)	Bernd Ravens (CDU)
Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE.)	Peter Erlanson (DIE LINKE.)
Dr. Oliver Möllenstädt (FDP)	Uwe Woltemath (FDP)

Nr. 17/625

Alkoholverkauf an Jugendliche unterbinden – jugendliche Testkäufer einsetzen

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 17. Februar 2009

(Neufassung der Drs. 17/668 vom 20.01.09)

(Drucksache 17/695)

1. Der Senat wird aufgefordert, die Einhaltung des Jugendschutzgesetzes auch durch den Einsatz jugendlicher Alkoholtestkäufer zu überwachen und sämtliche Verstöße konsequent zu ahnden.
2. Der Senat wird aufgefordert, die Einsätze von Testkäufern auf der Grundlage eines mit den örtlichen Jugendämtern abgestimmten Konzepts des Senats vorzunehmen. In diesem Konzept ist u. a. vorzusehen, dass die jugendlichen Testkäufer das 17. Lebensjahr vollendet haben, dass die Einwilligung der Erziehungsberechtigten vorliegt und dass den jugendlichen Testkäufern der Alkohol von den begleitenden Mitarbeitern unmittelbar nach dem Kauf wieder abgenommen wird.
3. Der Senat wird aufgefordert, der Bürgerschaft (Landtag) bis zum 31. Mai 2009 einen Bericht über die durchgeführten Maßnahmen vorzulegen.

Nr. 17/626

Europäisches Antidiskriminierungsrecht vervollständigen

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 20. Januar 2009

(Drucksache 17/669)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 10. Februar 2009

(Drucksache 17/686)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 17/627

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen und zur Änderung des Bremischen Wahlgesetzes
Verlängerung der Dauer von Wahlperioden auf fünf Jahre
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 4. Dezember 2008
(Drucksache 17/644)
1. Lesung
2. Einsetzung eines nichtständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 der Landesverfassung zur Änderung des Artikels 75 der Landesverfassung
3. Umgang mit dem Thema Verbraucherschutz im Land Bremen vor dem Hintergrund der Finanzkrise
Mitteilung des Senats vom 20. Januar 2009
(Drucksache 17/671)
4. Verbot betäubungsloser Ferkelkastration durch Änderung des Tierschutzgesetzes!
Antrag des Abgeordneten Siegfried Tittmann
vom 27. Januar 2009
(Drucksache 17/674)
5. Konjunkturpaket II ist sozial ungerechtes und wenig hilfreiches Stückwerk – notwendige Schritte der Bremer Politik
Antrag der Fraktion DIE LINKE.
vom 4. Februar 2009
(Drucksache 17/684)

